

Stand: 23.02.2026 02:39:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28354

"Keine Unterbringungsbeiträge im Maßregelvollzug für Freigesprochene"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28354 vom 28.03.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/29601 des VF vom 25.05.2023
3. Beschluss des Plenums 18/29730 vom 04.07.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 149 vom 04.07.2023



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Unterbringungsbeiträge im Maßregelvollzug für Freigesprochene

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Bayerische Strafvollzugsgesetz in Art. 208 dahingehend zu ändern, dass aufgrund ihrer Schuldunfähigkeit freigesprochene Personen keine Unterbringungsbeiträge im Maßregelvollzug nach § 50 i. V. m. § 138 Strafvollzugsgesetz tragen müssen.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Unterbringungsbeiträge aus dem Maßregelvollzug in Zukunft dem Haushalt des zuständigen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und nicht wie bisher dem Staatsministerium der Justiz zugeteilt werden.

Begründung:

Ist ein Angeklagter schuldunfähig nach § 20 Strafgesetzbuch (StGB), wird er freigesprochen. Das Gericht kann daraufhin eine Maßregel gemäß § 63 StGB anordnen. Durch die anschließende Therapie soll das der Ursprungstat zugrundeliegende Leiden therapiert werden. Dabei haben die Patientinnen und Patienten unvermeidbare Sonderopfer zu tragen, wie bspw. den Entzug ihrer Freiheit. Es ist allgemein anerkannt, dass Sonderopfer gerade auch im Sinne der Therapie und der Rehabilitation möglichst klein gehalten werden müssen, da jede zusätzliche Belastung zu einer Verschlimmerung des psychischen Gesundheitszustands der Betroffenen führen kann.

Auf vermeidbare Belastungen sollte also verzichtet werden. Dies gilt insbesondere für Rechnungen, die am Vollzug beteiligte Behörden – hier die Staatsanwaltschaften – den Patientinnen und Patienten nach der Entlassung stellen. Diese Menschen, die bereits einmal eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellten, sollten im ambulanten Rahmen alle Möglichkeiten bekommen, bei stabiler psychischer Gesundheit ein normales und erfolgreiches Leben zu führen. Die Konfrontation mit Schulden in oft fünfstelliger Höhe ist dabei katastrophal.

Begründet wird die Kosteneintreibung in der Regel mit dem Verursacherprinzip. Dies kann aber nicht überzeugen, da es sich bei der Maßregel in erster Linie um eine klinisch therapeutische Maßnahme handelt. In unserem solidarischen Gesundheitssystem wird auch in anderen Fällen nicht auf das Verursacherprinzip zurückgegriffen. So zahlt ein Lungenkrebspatient, der regelmäßig raucht, für seine Behandlung auch nicht mehr als ein erkrankter Nichtraucher. Im Rechtssystem werden in anderen Fällen, in denen Angeklagte freigesprochen werden, auch keine Verfahrenskosten auferlegt, selbst wenn weitere Maßnahmen angeordnet werden, wie bspw. im Jugendstrafrecht. Auch hier wird die Nichterhebung von Verfahrens- und Unterbringungskosten mit der Steigerung der

Resozialisierungschancen begründet. Ein Argument, das auch bei Maßregelvollzugspatienten greift. Eine vergleichbare Situation liegt bei Sicherungsverwahrten vor. Diese haben ihre Haftzeit bereits verbüßt und wären eigentlich frei, müssen aufgrund ihrer Gefährlichkeit jedoch ein Sonderopfer erbringen und bleiben weggesperrt. Diese müssen keine Haftkostenbeiträge bezahlen.

Die Kosten für den Freistaat dürften überschaubar sein, da für die Erhebung der Unterbringungskosten zahlreiche Ausnahmetatbestände gelten. Gerade dies spricht auch für einen allgemeinen Verzicht auf die Eintreibung der Kosten: Es ist vorbildlicher Bürokratieabbau, wenn man auf Regelungen verzichtet, die sowohl theoretisch als auch praktisch mehr Ausnahme- als Anwendungsfälle haben. Zumal die entlassenen Patientinnen und Patienten für eine Niederschlagung der staatlichen Ansprüche oft zahlreiche bürokratische Prozesse starten müssen, die die geistig bereits belasteten Personen oft überfordern oder die gar Privatinsolvenz anmelden müssen. In solchen Fällen gibt es für alle Beteiligten nur Nachteile: Der Staat erhält seine Ausgaben nicht zurück und der Patient ist enorm belastet. Gleichzeitig sind zahlreiche Verwaltungs-, Sozial- und Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit der Prüfung bzw. Unterstützung jedes einzelnen Maßregelvollzugspatienten hinsichtlich dieser Kostenfragen beschäftigt. Eine grundsätzliche, einfache Regelung – der Verzicht auf die Kostenumlage – würde also auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enorm entlasten. Finanziell dürften sich mittelfristig durch eine bessere Resozialisierungsquote und den damit gesunkenen Behandlungsbedarf sogar Vorteile für den Staatshaushalt ergeben.

Die Unterbringungsbeiträge, die derzeit noch von allen und in Zukunft nur noch für die vermindert schuldfähigen Patientinnen und Patienten eingetrieben werden, kommen dem Haushalt des Staatsministeriums der Justiz zugute und nicht dem zuständigen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Dies ist eine widersinnige Praxis, die beendet werden sollte. Das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales trägt bezüglich der Unterbringung die Kosten. Es kann auch am besten über die Folgen für die Patientinnen und Patienten urteilen. Hier sollte ein schlüssiges System mit klaren Zuständigkeiten etabliert werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/28354**

Keine Unterbringungsbeiträge im Maßregelvollzug für Freigesprochene

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Toni Schuberl**
Mitberichterstatterin: **Petra Guttenberger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 25. Mai 2023 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Enthaltung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/28354, 18/29601

Keine Unterbringungsbeiträge im Maßregelvollzug für Freigesprochene

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich frage die fraktionslosen Abgeordneten, mit welchem Votum sie abstimmen wollen. Kollege Busch! – Enthaltung. Kollege Rieger! – Wie CSU. Kollege Swoboda! – Enthaltung. Kollege Plenk! – Enthaltung. Kollege Klingen! – Enthaltung. Kollege Dr. Müller! – Enthaltung. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundschulen stärken I – Übertrittsdruck entgegenwirken
Drs. 18/28046, 18/29464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundschulen stärken II – Medienkompetenz fördern
Drs. 18/28047, 18/29463 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundschulen stärken III – Inklusion voranbringen
Drs. 18/28048, 18/29462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundschulen stärken IV – Multiprofessionelle Teams stärken
Drs. 18/28049, 18/29461 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundschulen stärken V –
Differenzierte Leistungsrückmeldung ausweiten
Drs. 18/28050, 18/29459 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundschulen stärken VI – Lesekompetenz fördern
Drs. 18/28051, 18/29458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundschulen stärken VII – Arbeit der Klassenleitungen wertschätzen
Drs. 18/28052, 18/29457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Unterbringungsbeiträge im Maßregelvollzug für Freigesprochene
Drs. 18/28354, 18/29601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Robert Brannekämper, Jürgen Baumgärtner, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Bessere Vereinbarkeit von Bau- und Denkmalschutzvorschriften
Drs. 18/28417, 18/29480 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auswirkungen des Deutschland-Tickets auf das Existenzminimum offenlegen
Drs. 18/28418, 18/29338 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

13. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 18/28513, 18/29602 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Schulangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche I:
Brückenklassen auslaufen lassen – ukrainische Kinder nicht verwahren
Drs. 18/28516, 18/29456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Schulangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche II:
Ergänzungsangebote zum Sprachbad an Grundschulen einrichten
Drs. 18/28517, 18/29455 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Schulangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche III:
Deutsch als Zweitsprache wieder attraktiver machen
Drs. 18/28518, 18/29454 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaneutrales Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Drs. 18/28531, 18/29609 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaneutrales Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Drs. 18/28542, 18/29618 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Evaluation der Vereinigung der Pflegenden in Bayern
Drs. 18/28543, 18/28876

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

28. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Opfer von Missbrauch und Gewalt ernst nehmen –
Pläne für Anlauf- und Lotsenstelle offenlegen
Drs. 18/28544, 18/29243 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

29. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Freie Wohlfahrtsverbände sowie kirchliche Träger entlasten und
landespolitische Verantwortung in der Migrationspolitik wahrnehmen:
Beratungs- und Integrationsrichtlinie überarbeiten
Drs. 18/28549, 18/29603 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR:
Für ein würdiges öffentliches Gedenken zum 70. Jahrestag
Drs. 18/28811, 18/29451 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
DUH in die Schranken weisen – Zweifelhafte Klage- und Abmahnpraxis einen Riegel vorschieben!
Drs. 18/28816, 18/29442 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron AfD
Berufsschulstandorte in Nordbayern erhalten und ausweiten –
Berufsnachwuchs für die steuerberatende Branche sichern und fördern
Drs. 18/28826, 18/29450 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Bericht der Staatsregierung über die Aktivitäten der Mafia in Bayern
Drs. 18/28842, 18/29598 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gezielte Umsetzung des Startchancen-Programms des Bundes gewährleisten – jetzt die nötigen Vorbereitungen in Bayern für mehr Chancengerechtigkeit treffen!
Drs. 18/28900, 18/29448 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Sonnenenergie durch Open Data – öffentliche Daten für den Solarausbau bereitstellen
Drs. 18/28901, 18/29627 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energieverschwendung stoppen –
Energiesparpotenziale staatlicher Gebäude nutzen
Drs. 18/28902, 18/29628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

53. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)
Grundsteuererklärungen für Liegenschaften des Freistaates Bayern
Drs. 18/28910, 18/29443 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

54. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Forschungsturbo Kernfusion zünden
Drs. 18/28913, 18/29629 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

55. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Traditionelles Oktoberfest bewahren! Nein zum unbezahlbaren Bio-Zwang und zu grüner Cancel Culture!
Drs. 18/28914, 18/29630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

56. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl u.a. CSU Zwangsabschaltung der Stromeinspeisung von EE-Anlagen nach Atomausstieg
Drs. 18/29015, 18/29631 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Bericht der Staatsregierung zum aktuellen Stand, zu Vollzugslücken und zu notwendigen Verbesserungen beim Vollzug sowie beim Umgang mit Wasserressourcen in Unterfranken
Drs. 18/29131, 18/29621 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>